

Antisemitismus erkennen, benennen, bekämpfen - Erfahrungen aus fast vier Jahrzehnten Politik

Thesen für einen Vortrag von Petra Pau auf einer Veranstaltung des
Deutsch- Israelischen Freundeskreises Karlsruhe am 9. März 2026 in
Karlsruhe

These 1: Antisemitismus ist kein Randproblem – sondern ein Seismograf unserer Demokratie

Antisemitismus ist kein Phänomen der Extreme allein. Er wirkt wie ein Frühwarnsystem: Wo er wächst, verrohen Debatten, werden Minderheiten zu Projektionsflächen, geraten demokratische Selbstverständlichkeiten ins Wanken.

Historisch ist Antisemitismus eine Konstante – seine Formen verändern sich. Er passt sich Milieus, Konflikten und Sprachmoden an. Heute begegnet er uns offen und gewaltsam, zugleich codiert, relativierend oder als vermeintlich moralische Haltung getarnt.

Ein wiederkehrendes Muster ist erkennbar: Ignoranz – das Wegsehen. Relativierung – das Abschwächen. Schließlich Instrumentalisierung – wenn Antisemitismus nicht bekämpft, sondern politisch genutzt wird. Das löst kein Problem, es verschiebt nur Verantwortung.

Besonders deutlich zeigt sich das am Begriff der Solidarität. Sie ist ein hohes Gut – doch sie wird verengt und gegeneinander ausgespielt. Wer Solidarität mit Palästinenserinnen und Palästinensern zeigt, gilt schnell als Gegner Israels. Wer Solidarität mit Jüdinnen und Juden einfordert, gerät unter Verdacht, anderes Leid zu relativieren. Dieses Schwarz-Weiß-Denken ist bequem – und historisch wie menschlich falsch.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist sichtbar geworden, wie fragil Wissen, historische Bildung und Empathie oft sind. Viele Jüdinnen und Juden erleben eine drastische Verschlechterung ihrer Lebensrealität: Angst im Alltag, Zurückhaltung im öffentlichen Raum, Infragestellung ihrer Identität, sobald es um Israel geht.

Jüdisches Leben wird nicht selbstverständlich mitgedacht, sondern erklärt und kommentiert. Antisemitische Ressentiments treten offener hervor – oder verschleiern sich als Antizionismus, als Boykottforderung, als kollektive Zuschreibung.

Solidarität, die nur selektiv gilt, verliert ihren moralischen Kern. Eine demokratische Gesellschaft muss beides anerkennen können: palästinensische Trauer und jüdische Angst – ohne das eine gegen das andere auszuspielen.

Antisemitismus ist deshalb kein Spezialthema. Er ist eine Bewährungsprobe für demokratische Kultur.

Wie wir Solidarität definieren und Verantwortung übernehmen, zeigt, wie ernst es uns mit Menschenwürde und Pluralität ist.

Und Antisemitismus ist keine abstrakte Gefahr. Er prägt den Alltag vieler Jüdinnen und Juden – in Schulen, auf Straßen, in Kultur, im politischen Diskurs.

Wie wir ihm begegnen – in Sprache, Politik und Haltung – entscheidet, ob Demokratie schützt oder nur behauptet.

Von hier aus führt der Weg auch zu meiner eigenen Geschichte: Meine Lernprozesse zu Antisemitismus und jüdischem Leben begannen nicht im luftleeren Raum, sondern unter konkreten politischen Bedingungen – geprägt von meiner Ostbiografie.

These 2: Meine Ostbiografie – Lernen ohne Vorbilder

Ich bin in der DDR aufgewachsen – in einem Staat, der sich selbst als antifaschistisch verstand und daraus den Anspruch ableitete, das Problem des Antisemitismus überwunden zu haben. Diese Selbstvergewisserung hatte ihren Preis: Jüdisches Leben kam im Alltag kaum vor. Jüdische Geschichte wurde auf Verfolgung und Ermordung im Nationalsozialismus reduziert. Die Shoah diente vor allem als Beleg eigener moralischer Überlegenheit.

Israel erschien in der offiziellen Erzählung zunehmend als Gegner. Antizionismus wurde zur Staatsdoktrin – gespeist aus sowjetischen Deutungsmustern und ideologischer Verhärtung. Dass sich darin antisemitische Bilder und Feindmarkierungen fortsetzten, blieb unbegriffen – oder wurde ausgeblendet.

Es gab kaum Vorbilder für eine reflektierte Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Gegenwart und Geschichte. Lernen bedeutete für mich daher zunächst: Irritationen wahrnehmen, Fragen stellen, Leerstellen erkennen.

Eine solche Leerstelle war die Ruine der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße. Sie war sichtbar – und zugleich unsichtbar im öffentlichen Bewusstsein. Man sah das Gebäude, wusste aber wenig über das jüdische Leben, das hier einst selbstverständlich war. Diese Diskrepanz hat mich beschäftigt.

Ein wichtiger Schritt folgte Anfang der 1990er-Jahre mit dem Engagement für die korrekte Beschilderung des Gedenksteins im Lustgarten – gemeinsam mit Alice und Gerhard Zadek. Es ging um mehr als eine Tafel. Es ging um Sichtbarkeit, um Erinnerung und um die Frage, wessen Geschichte erzählt wird.

Meine Ostbiografie erklärt keine blinden Flecken. Aber sie erklärt, warum Lernen, Nachlernen und Umlernen für mich prägend wurden. Sie macht sensibel dafür, wie sehr politische Systeme Wahrnehmungen steuern können – und wie notwendig selbstkritische Erinnerung ist.

Gerade deshalb sehe ich heute mit Sorge, wie sich Antisemitismus erneut

hinter vermeintlich progressiven Begriffen oder moralischer Überhöhung verbirgt. Wo Wissen fehlt und Geschichte verkürzt wird, entstehen gefährliche Vereinfachungen.

Diese Erfahrung hat mein politisches Handeln geprägt – und führt direkt zur Frage politischer Verantwortung.

These 3: Politische Verantwortung – Erkenntnis reicht nicht, wenn Handeln ausbleibt

Zwischen Erkenntnis und Konsequenz klafft in der Politik oft eine schmerzhaft Lücke. Das gilt auch – und gerade – für den Umgang mit Antisemitismus.

2007/2008 arbeitete eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Deutschen Bundestag an einem gemeinsamen Entwurf: „Jüdisches Leben stärken – Antisemitismus bekämpfen“. Der Ansatz war sachorientiert, überparteilich, verantwortungsbewusst. Doch bevor es zur Abstimmung kam, wurde er politisch beschädigt. Parteipolitische Interessen verdrängten die gemeinsame Verantwortung – ein Muster, das wir bis heute kennen.

Als der Antrag im November 2008 zur Abstimmung stand, habe ich an die Verantwortung des Hauses appelliert. Teile meiner eigenen Fraktion ließen mich im Stich. Diese Erfahrung war eine Zäsur. Sie hat mir gezeigt: Einsicht genügt nicht. Ohne politischen Willen bleibt selbst kluge Analyse folgenlos.

In der Folge wurden zwei unabhängige Expertenkreise eingesetzt. Mit großer Sachkenntnis analysierten sie Antisemitismus, jüdisches Leben und staatliche Verantwortung – und legten konkrete Empfehlungen vor: für Bildung, Prävention, Strafverfolgung und den Schutz jüdischer Einrichtungen.

2018 wurde das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus geschaffen – ein wichtiger Schritt. Inzwischen gibt es entsprechende Beauftragte in fast allen Bundesländern und zahlreichen Institutionen. Mit RIAS wurde ein bundesweites Erfassungssystem für antisemitische Vorfälle etabliert.

Das sind Fortschritte. Aber sie ersetzen kein konsequentes Handeln. Viele Empfehlungen bleiben bis heute unvollständig umgesetzt oder versanden im Zuständigkeitsgerangel.

Ein Blick auf aktuelle politische Strategien zeigt zudem die strukturelle Dimension des Problems. Die AfD inszeniert sich gelegentlich als Verteidigerin jüdischen Lebens, nutzt diese Pose jedoch strategisch. Antisemitische Stereotype werden reproduziert, rassistische Codes normalisiert, der Begriff „importierter Antisemitismus“ instrumentalisiert – oft im Zusammenspiel mit islamfeindlichen Narrativen. Zugleich relativieren führende Akteur*innen zentrale Elemente der holocaustbasierten Erinnerungskultur.

Hier zeigt sich: Antisemitismus wird nicht nur reproduziert, sondern politisch

eingebettet und strategisch genutzt. Wer politische Verantwortung ernst nimmt, muss beides tun – benennen und dem Missbrauch entgegentreten. Und zwar jenseits parteipolitischer Taktik.

Die Holocaustüberlebende Tova Friedman sagte im Januar 2026 im Deutschen Bundestag einen Satz, der mich tief bewegt hat: „Neutralität im Angesicht des Hasses bedeutet Zustimmung.“ Erinnerung, so ihre Mahnung, ist kein Rückblick, sondern Zukunftsauftrag.

Meine Erfahrung aus diesen Jahren hat mich gelehrt: Antisemitismus ernst zu nehmen heißt, ihn nicht nur zu benennen, sondern Konsequenzen zu ziehen – auch wenn sie unbequem sind. Innerparteilich. Institutionell. Gesellschaftlich.

Die Diskrepanz zwischen Wissen und Wirksamkeit ist kein technisches Problem. Sie ist ein politisches. Antisemitismusbekämpfung scheitert selten an Analyse. Sie scheitert an Prioritäten, an Zuständigkeitsgerangel, an Bequemlichkeit – und manchmal an der Angst vor Konflikten.

Doch zur Wahrheit gehört auch: Nicht nur Relativierung und offener Hass gefährden den Kampf gegen Antisemitismus. Es gibt eine weitere Entwicklung, die mir zunehmend Sorge bereitet – und die wir in demokratischen Debatten oft zu wenig reflektieren.

Antisemitismus zwischen Schutz und Instrumentalisierung – eine demokratische Grenzlinie

Neben Relativierung beobachte ich eine zweite, ebenso problematische Tendenz: die politische Instrumentalisierung des Antisemitismus.

Antisemitismus ist real. Er bedroht Jüdinnen und Juden konkret – durch Anfeindungen, Angriffe, Ausgrenzung und ein Klima der Angst. Gerade deshalb trägt der Begriff eine besondere moralische und historische Schwere.

Umso gefährlicher ist es, wenn er strategisch eingesetzt wird.

In den Vereinigten Staaten erleben wir, wie Antisemitismuskritik in Auseinandersetzungen mit Universitäten politisch genutzt werden. Wenn ein Präsident wie Donald Trump milliardenschwere Fördermittel gegenüber Harvard mit entsprechenden Vorwürfen verknüpft, geht es nicht allein um den Schutz jüdischer Studierender. Es geht auch um Macht, Disziplinierung und Kontrolle wissenschaftlicher Institutionen.

Auch in Berlin erleben wir Debatten, in denen Förderentscheidungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und wissenschaftliche Einrichtungen unter Generalverdacht geraten. Selbst dort, wo Kritik notwendig wäre, droht der Antisemitismuskritik zur politischen Waffe zu werden.

Diese Dynamik zeigt sich nicht nur in internationalen Konflikten oder staatlichen Debatten. Sie wirkt auch in politische Milieus hinein, die sich selbst als besonders sensibel für Fragen von Diskriminierung und Gerechtigkeit verstehen.

Auch innerhalb der politischen Linken erleben wir derzeit, wie schnell Differenzierung verloren gehen kann. Debatten über Israel, Palästina und Antisemitismus verlaufen häufig entlang harter Lagergrenzen: hier „israelsolidarisch“, dort „palästinasolidarisch“. Zwischenräume werden kleiner, Misstrauen wächst.

Die Folge ist eine Polarisierung, die kaum noch Gesprächsräume lässt. Positionen werden moralisch aufgeladen, Menschen einander zugeschrieben, statt Argumente zu prüfen.

Dabei zeigen selbst aktuelle innerlinke Debatten – etwa in Städten wie Leipzig –, wie schwierig und zugleich notwendig es ist, diese Konflikte auszuhalten, ohne sie in Feindbilder zu übersetzen. Einzelne Stimmen versuchen dort bewusst, einen dritten Raum zu öffnen: einen Raum, in dem sowohl das Existenzrecht Israels als auch die Rechte und die Sicherheit von Palästinenserinnen und Palästinensern verteidigt werden.

Solche Versuche gehen oft im Lärm der Lager unter. Aber sie sind entscheidend.

Denn Antisemitismusbekämpfung verlangt Differenzierung – nicht neue Frontlinien.

Gerade deshalb ist es so wichtig, den politischen Maßstab nicht zu verlieren: Nicht die Zugehörigkeit zu einem Lager entscheidet über die Qualität eines Arguments, sondern seine Wahrhaftigkeit und seine Konsequenzen für die Menschen, die betroffen sind.

Ich sage das aus doppelter Erfahrung:
2008 habe ich erlebt, wie Antisemitismusvorwürfe politisch zugespitzt wurden.
Und ich erlebe heute, wie schnell sich Diskurse erneut verhärten.

Wo Antisemitismus relativiert wird, werden Jüdinnen und Juden allein gelassen.

Wo Antisemitismus instrumentalisiert wird, verliert der Begriff seine Glaubwürdigkeit.

Beides beschädigt die demokratische Kultur.

Wenn alles Antisemitismus ist, ist am Ende nichts mehr Antisemitismus.
Und wenn der Vorwurf strategisch eingesetzt wird, schwächt das genau jene, die tatsächlich Schutz brauchen.

Deshalb gehört zur Antisemitismusbekämpfung nicht nur Haltung, sondern auch Maß.

Nicht nur moralische Empörung, sondern rechtsstaatliche Präzision.
Nicht nur Positionierung, sondern Verantwortung für die Wirkung des eigenen Handelns.

Die Verteidigung jüdischen Lebens darf niemals Vorwand für autoritäre Politik werden.

Und sie darf ebenso wenig relativiert werden, wenn sie unbequem ist.

Hier verläuft eine demokratische Grenzlinie.

Wenn wir weder Relativierung noch Instrumentalisierung akzeptieren wollen, stellt sich die entscheidende Frage: Was wirkt tatsächlich?

Symbolpolitik reicht nicht.

Wir brauchen Bildung, Begegnung und Ehrlichkeit.

These 4: Was wirkt tatsächlich? – Bildung, Begegnung, Ehrlichkeit

Wenn wir weder Relativierung noch Instrumentalisierung akzeptieren wollen, stellt sich eine einfache, aber entscheidende Frage:

Was wirkt tatsächlich im Kampf gegen Antisemitismus?

Symbolpolitik reicht nicht. Empörung allein schützt niemanden. Und institutionelle Fortschritte entfalten nur dann Wirkung, wenn sie im Alltag ankommen.

Demokratische Reife zeigt sich nicht daran, ob Konflikte verschwinden. Sie zeigt sich daran, wie wir mit ihnen umgehen. Eine offene Gesellschaft muss Ambivalenz aushalten können. Sie muss fähig sein, unterschiedliche Perspektiven nebeneinander stehen zu lassen, ohne sie gegeneinander aufzurechnen. Antisemitismus lebt von Vereinfachung. Demokratie lebt von Differenzierung.

Bildung ist dabei mehr als Faktenvermittlung. Historisches Wissen ist unverzichtbar – aber es genügt nicht. Es geht darum, Muster zu erkennen, Codes zu verstehen, Projektionen zu durchschauen. Wer nur Jahreszahlen kennt, erkennt noch keine politischen Mechanismen.

Ich habe das in einer Schule in Marzahn sehr konkret erlebt. Dort wurde nicht abstrakt über Antisemitismus gesprochen, sondern über Erfahrungen, über Unsicherheiten, über Begriffe, die im Alltag benutzt werden, ohne ihre Geschichte zu kennen. Schülerinnen und Schüler haben nachgefragt, widersprochen, gerungen. Es war kein konfliktfreier Raum – aber ein ehrlicher. Und genau darin liegt seine Stärke.

Solche Räume brauchen wir mehr.

Begegnung ist kein weicher Faktor. Sie ist demokratische Infrastruktur. Jüdisches Leben darf nicht ausschließlich im Gedenkmodus vorkommen. Es muss als Gegenwart erfahrbar sein – selbstverständlich, vielfältig, widersprüchlich wie jede andere Lebensrealität auch. Normalität schafft Nähe. Nähe erschwert Ausgrenzung.

Zur Wirksamkeit gehört aber auch Ehrlichkeit. Antisemitismus ist kein Problem eines einzelnen politischen Lagers. Er tritt rechts auf, er tritt links auf, er tritt religiös begründet auf, er erscheint in vermeintlich progressiven Gewändern. Wer ihn nur beim politischen Gegner sucht, macht ihn im

eigenen Umfeld unsichtbar.

Gleichzeitig dürfen wir den Begriff nicht entwerten. Wer jeden Konflikt vorschnell als antisemitisch markiert, schwächt am Ende diejenigen, die tatsächlich Schutz brauchen. Maß und Klarheit sind kein Widerspruch zur Entschlossenheit – sie sind ihre Voraussetzung.

Was wirkt also?

Konsequente Strafverfolgung.

Verlässlicher Schutz jüdischer Einrichtungen.

Politische Bildung, die nicht belehrt, sondern befähigt.

Räume, in denen gestritten werden darf, ohne dass Menschenwürde infrage gestellt wird.

Und die Bereitschaft, eigene Gewissheiten zu überprüfen.

Antisemitismus verschwindet nicht durch Appelle. Er verschwindet auch nicht durch taktische Empörung. Er wird zurückgedrängt, wenn demokratische Institutionen handlungsfähig sind – und wenn die Gesellschaft bereit ist, genau hinzusehen.

Ich habe nicht die abschließende Antwort.

Aber ich bin überzeugt: Entscheidend ist, ob wir den Mut haben, Relativierung und Instrumentalisierung gleichermaßen zu widersprechen – und dennoch im Gespräch zu bleiben.

Denn Konflikte wird es immer geben.

Die entscheidende Frage ist, **wie wir sie führen.**